

3./XII. 1918

### Eine Kundgebung des Gewerbevereins zum Friedensangebote.

Der Niederösterreichische Gewerbeverein hat auf Grund eines Beschlusses seines Verwaltungsrates eine Kundgebung beschlossen und dieselbe durch den Abgeordneten Friedmann an den Vollzugsausschuß der deutschösterreichischen Nationalversammlung geleitet. Diese Kundgebung lautet:

Der Niederösterreichische Gewerbeverein, dessen 3500 Mitglieder nicht bloß das Gewerbe, sondern auch die mittleren Industrien und den Handel umfassen, hat von der Note des gegenwärtigen Ministers des Neußern Grafen Andrássy an die Vereinigten Staaten von Amerika und die Verbandsregierungen, betreffend gesonderte Friedensverhandlungen, mit tiefstem und schmerzlichem Bedauern Kenntnis erhalten. Das in diesen Akten enthaltene Anbot eines Sonderfriedens und die dadurch bewirkte Lösung des politisch-militärischen Bündnisses mit dem Deutschen Reiche, welches uns in bedrängter Lage so oft und so erfolgreiche Waffenhilfe gewährte, widerstrebt nicht bloß dem natürlichen Empfinden jedes Deutschösterreichers, sondern verletzt auch gegen ernste wirtschaftliche Interessen unserer deutschen Länder, welche jetzt fast überall von feindlichen Staaten und uns fremd gewordenen Völkern umgeben, im Bezuge der wichtigsten Rohstoffe und Lebensmittel auf das Deutsche Reich angewiesen sind, obwohl dieses selbst unter der Aushungerung und Absperrung des Verbandes so sehr zu leiden hat. Dieses Vorgehen des Auswärtigen Amtes ist um so betrübender, als es gerade in jenem Zeitpunkte geschehen ist, in welchem berufene Vertreter des deutschen Volkes in Oesterreich mit der deutschen Regierung über die Aushilfe mit Lebensmitteln verhandelten und als das Friedensanbot hinter dem Rücken und ohne das Wissen der Vertreter des deutschösterreichischen Volkes erfolgt ist.

Wenn wir auch, wie alle Bewohner Deutschösterreichs, wärmste Anhänger der Friedenspolitik sind, so wäre der Friede in keiner Weise verzögert worden, wenn die österreichisch-ungarische Regierung gemeinsam und auch in diesem Augenblick im Einvernehmen mit der deutschen Regierung vorgegangen wäre.

Kaiser Karl I. und die österreichisch-ungarischen Staatsmänner verjämten während des Krieges keine Gelegenheit, ihr Festhalten an dem Bündnisse mit dem Deutschen Reich nachdrücklich zu betonen. Und jetzt, da der Augenblick gekommen ist, wo diese Zusicherungen auf die Probe gestellt wurden, wich man in unverantwortlicher Weise zurück, in der Hoffnung, durch Aufgeben des Bündnisses Sonderbegünstigungen von dem Verband gewährt zu erhalten.

Die in den Zeitungen mitgeteilte vorherige Bekanntgabe der Absicht eines Sonderabkommens mit dem Verband an die deutsche Regierung ändert an dem Tatbestand nichts, daß dieser Schritt selbständig geschah und dadurch das Bündnis mit dem Deutschen Reich gelöst wurde.

Wir bitten den Vollzugsausschuß daher, den schärfsten Protest gegen diesen Schritt des im übrigen für Deutschösterreich durchaus nicht mehr legitimierten Ministers zu erheben, die auswärtige Vertretung Deutschösterreichs durch den Minister Grafen Andrássy in aller Form abzulehnen und in der Öffentlichkeit das unbedingte Festhalten an dem innigsten und freundschaftlichsten Verhältnisse zu dem Deutschen Reiche feierlichst zu betonen.